

13. Mai 2025

Anfrage 263 / Benjamin Büsser, SVP

eingereicht am 12. März 2025 – Wortlaut siehe Beilage

Ist Wil bereit für eine drohende Fentanylkrise?

Benjamin Büsser, SVP, hat am 12. März 2025 eine Anfrage mit der Überschrift «Ist Wil bereit für eine drohende Fentanylkrise?» eingereicht, in der er dem Stadtrat drei Fragen stellt.

Beantwortung

1. Gibt es in der Stadt Wil Hinweise auf eine verstärkte Verbreitung von Fentanyl oder anderen synthetischen Opioiden, insbesondere innerhalb gefährdeter Gruppen wie Drogenkonsumenten? Falls ja, welche konkreten Beobachtungen oder Erkenntnisse liegen vor?

Die Suchtberatung Region Wil (SBRW) hat aktuell noch keine Hinweise für eine verstärkte Verbreitung von Fentanyl. Soweit bekannt, wurde bislang in Substanzen, die von der Polizei beschlagnahmt und analysiert wurden, nur in wenigen Ausnahmen Fentanyl festgestellt. Hinsichtlich dem Vorhandensein von Fentanyl in Strassenheroin in der Region Wil liegen keine genauen Angaben vor, weil es im Kanton St. Gallen kein Drogen-Testing analog des Drogeninformationszentrums Zürich gibt. In einem Einzelfall wurde im Rahmen einer Kontrolle in einer Haaranalyse einer in Wil wohnhaften Person Fentanyl festgestellt. Es kann davon ausgegangen werden, dass Fentanyl auch im Raum Wil konsumiert wird.

2. Welche präventiven Massnahmen hat die Stadt Wil bisher ergriffen, um eine mögliche Ausbreitung von Fentanyl zu verhindern? Gibt es bereits gezielte Aufklärungs- oder Sensibilisierungskampagnen für gefährdete Personen, Fachkräfte oder die breite Bevölkerung?

Die SBRW greift in ihrer Aufklärungsarbeit neue Trends und Substanzen auf und weist auf Risiken hin, sowohl in den Beratungsgesprächen als auch bei Weiterbildungen für Fachpersonen. Die wipp stehen in engem Kontakt mit den Besucherinnen und Besuchern der Kontakt- und Anlaufstelle KAKTUS. Neben der regelmässigen Information zu HIV- und Hepatitis C-Prävention wird in diesem Rahmen auch über die Gefahren von Fentanyl informiert. Aktuelle Warnmeldungen des BAG werden ausgehängt und sind Thema in den Gesprächen mit den Klientinnen und Klienten. In Fachgruppen wird derzeit die Abgabe von Naloxon (Notfall-Medikament bei Überdosierung von Opiaten) diskutiert. Im Kanton St. Gallen ist diese Diskussion jedoch noch nicht so weit fortgeschritten wie im Kanton Zürich, wo bereits mehrere tausend Dosen Naloxon als Notfallspray angeschafft wurden. Aus Sicht der wipp würde

die Anschaffung von solchen Notfallsprays im Sinne der Schadensminderung Sinn ergeben. Dafür braucht es jedoch klare Bestimmungen und Weisungen. Hierzu stehen die wipp mit dem Gesundheitsdepartement des Kantons St. Gallen in Kontakt.

3. Steht die Stadt Wil in engem Austausch mit regionalen oder kantonalen Stellen (z.B. Gesundheitsbehörden, Polizei, Sozialdienste), um die Entwicklung der Lage zu beobachten und koordinierte Massnahmen zu ergreifen? Gibt es spezifische Kooperationen oder Projekte in diesem Bereich?

Die SBRW steht in regelmässigem Kontakt mit den relevanten Behörden im Kanton und tauscht sich mit anderen Suchtfachstellen in der Region und in der ganzen Deutschschweiz aus. Als Mitglied des Fachverbands Sucht nehmen die wipp an Vernetzungs- und Austauschsitungen statt, an denen sich auch das BAG beteiligt. Zudem finden regelmässige Austauschsitungen mit lokalen Akteuren aus den Bereichen Suchthilfe, Psychiatrie, Polizei und Medizin statt. Die wipp stehen in regelmässigem Kontakt mit dem Gesundheitsdepartement des Kantons St. Gallen. Sie sind zudem Mitglied des Vereins ARUD (Arud Zentrum für Suchtmedizin), Zürich, der weit über die Landesgrenzen hinaus als Kompetenzzentrum in allen Fragen zu Suchtmittelerkrankungen gilt.

Die wipp verfolgen die Entwicklungen in der Schweizer Suchtlandschaft und beteiligen sich an Tagungen des BAG, um aktuelle Trends rechtzeitig erkennen zu können. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass aktuell nicht nur die Bedrohung durch Fentanyl ein Thema ist, sondern in der ganzen Schweiz auch ein massiver Anstieg von Crack- und Freebasekonsum zu beobachten ist. Diese Entwicklung beschäftigt die Kontakt- und Anlaufstellen in der ganzen Schweiz stark und ist z.B. auch Thema der Frühlingskonferenz der Städteinitiative Sozialpolitik Ende Mai in St. Gallen. Zunehmend ist der öffentliche Raum in grösseren Städten wie Genf, Lausanne, Basel, Zürich oder Chur auch wieder von Szenenbildungen betroffen. Gefährdet sind dabei vor allem auch Jugendliche und junge Erwachsene. Den Kampagnen und Informationen in Bildungseinrichtungen kommen deshalb besondere Bedeutung zu.

Stadt Wil



Hans Mäder
Stadtpräsident



Janine Rutz
Stadtschreiberin